

REINHARD LOSKE – DER BREMER UMWELTSENATOR KÄMPFT GEGEN DIE ERDERWÄRMUNG

# „Der Klimawandel erfordert einen Kulturwandel“

Der Bremer Umweltsenator Reinhard Loske ist heute und morgen auf dem Klimagipfel in Kopenhagen. Über den Kampf gegen die Treibhausgase insbesondere der Städte sprach unser Redakteur Norbert Pfeifer mit dem Grünen-Politiker.

**Die Städte sehen sich als Vorreiter für den Klimaschutz. Dennoch lässt ihr Engagement gegen die Erderwärmung sehr zu wünschen übrig, heißt es in der Klima-Erklärung der Städte, die Sie in Münster 2008 mitverfasst haben. Woran liegt das?**  
**Reinhard Loske:** Weil das Thema bei vielen Stadtpolitikern lange Zeit völlig zu Unrecht als randständiges Thema galt – nach dem Motto: Das leisten wir uns mal, wenn wir Geld übrig haben. Klimaschutz wurde viel zu wenig als eine generelle Herausforderung gesehen. Wir müssen aber anders wohnen, uns anders bewegen, unsere räumliche Organisation anders gestalten. Es geht um fundamentale Fragen der Stadtplanung und -entwicklung. Langsam ändert sich die Einstellung. Ich denke, die Städte können Motor der Klimaschutzpolitik werden. Schon heute wohnt die Hälfte aller Menschen weltweit in Städten, die Zahl steigt noch an. Der Kontakt zu den Menschen ist direkt, für Problemlösungen gibt es kurze Wege.

**Vieles in Sachen Klimaschutz wird aus Brüssel und Berlin vorgegeben. Was bleibt für die Städte?**

Ich nenne nur die drei wichtigsten Bereiche: Gebäude, Verkehr und die Energieerzeugung. Lassen Sie mich bei den Gebäuden anfangen: Wir haben in Bremen eine Richtlinie beschlossen, wonach sämtliche neuen öffentlichen Gebäude nach dem Passivhausstandard gebaut werden, also kaum noch Energie verbrauchen. Und bei der Sanierung wird ein wesentlich anspruchsvollerer Standard umgesetzt als der gesetzlich vorgeschriebene, nämlich der Niedrigenergiestandard. Und wir haben den kompletten Strombezug der öffentlichen Gebäude auf erneuerbare Energien umgestellt.

**Was kann Bremen im Verkehrsbereich noch mehr tun?**

Den Radverkehr zu fördern, ist uns sehr wichtig. 25 Prozent aller Wege in Bremen werden mit dem Fahrrad zurückgelegt. Wir wollen den Anteil auf über 30 Prozent steigern. Wir werden den ÖPNV ausbauen; ab Ende 2010 bekommen wir endlich eine S-Bahn, dann geht es im 15-Minuten-Takt ins Umland. Oder nehmen Sie das sehr innovative Carsharing-Konzept: Heute benutzen 6000 bis 7000 Personen das Angebot, 2020 sollen es 20.000 sein. Dazu müssen wir privilegiertes Parken im öffentlichen Raum ermöglichen.

**Bremen ist schon eine sehr grüne Stadt, was den Verkehr angeht. Machen sich diese zusätzlichen Anstrengungen in der Klimabilanz deutlich bemerkbar?**



Bremen hat im April 2008 als erstes Bundesland ein generelles Tempolimit auf Autobahnen eingeführt. „Das ist ein guter Tag für den Klimaschutz“, kommentierte damals Reinhard Loske (links), neben ihm Gerhard Schulze, Direktionsleiter der Verkehrspolizei. FOTO: STOSS

Unbedingt. Bremen hat das sehr ehrgeizige Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dafür müssen wir eine Menge tun.

**Wie viel der Minderung ist den Vorgaben aus Brüssel und Berlin zuzuschreiben, wie viel muss Bremen beisteuern?**

Für unser Klimaschutzprogramm, das der Senat nächste Woche verabschieden will, haben wir ein Szenario durchgerechnet: Wenn man alle Maßnahmen, die bisher auf Bundes- und EU-Ebene beschlossen sind, berücksichtigt, sind wir im Jahr 2020 bei 20 Prozent. Und wenn wir hier in Bremen die lokalen Maßnahmen durchführen, kommen wir auf 33 Prozent. Dann haben wir noch eine Klimaschutzlücke von sieben Prozent.

**Wie wollen Sie die schließen?**

Wir müssen ins Gespräch mit der Wirtschaft kommen. Sehr wichtig sind etwa der lokale Energieversorger und auch die Stahlwerke. Ich kann mir einen stärkeren Ausbau der Fernwärme oder der Windenergie vorstellen. Die Struktur, wie die Energie erzeugt

wird, muss sich ändern. Als ich 2007 nach Bremen kam, wollte die swb ein 1000-Megawatt-Kohlekraftwerk bauen. Damit hätte man die energiepolitische Zukunft in Bremen zubetoniert. Die Emissionen aus diesem Kraftwerk wären bis 2050 fixiert. Ich bin froh, dass es nicht dazu kam. Ich habe den Eindruck, bei der swb wird ein Perspektivenwechsel vorgenommen, das Unternehmen investiert auch heute schon stärker in erneuerbare Energien.

**Reicht das?**

Nein. Wir müssen noch mehr Energie einsparen durch intelligente Prozesse. Wir setzen auf eine Partnerschaft mit 110 Umweltunternehmen. Je weniger Energie am Ende der Kette gebraucht wird, umso weniger muss vorher erzeugt werden.

**Sie setzen sehr auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Was ist da möglich?**

Wir haben mit der Offshore-Windenergie ein Projekt, das sehr vielversprechend ist. Bis 2030 wollen wir Anlagen mit einer Leistung von 25.000 Megawatt auf dem Meer in-

stallieren. Das entspräche dann ungefähr 15 Prozent der gesamten deutschen Stromerzeugung. Wir Bremer und die Nordwestregion wollen natürlich vorrangig von dem Sprung aufs Meer profitieren.

**Klimaschutz kostet Geld, heißt es in der Erklärung der Städte von Münster. Neue Finanzierungsinstrumente sollten geprüft werden, etwa eine Citymaut. Haben Sie schon mal vorgefühlt beim Koalitionspartner hier in Bremen?**

Die Citymaut ist im Prinzip eine gute Sache. Große Städte wie Stockholm, London und Oslo berichten über gute Erfahrungen damit. Aber in Deutschland sind wir an diesem Punkt noch nicht. Das nur isoliert in Bremen einzuführen, ist nicht realistisch. Da muss von der Bundesregierung Rückenwind kommen. Aber wir haben andere Möglichkeiten. Wir erheben zum Beispiel eine Wasserentnahmegebühr und wir führen eine gesplittete Abwassergebühr ein: Wer Flächenversiegelung betreibt, der muss höhere Abwassergebühren zahlen als jemand, der die Flächen unversiegelt lässt.

**Wer bezahlt für den Umweltschutz? Der Staat, die Unternehmen, wir Bürger?**

Alle. Ich halte nichts von einer Rhetorik: Alles ist umsonst. Es gibt viele Maßnahmen, die rechnen sich. Klimaschutz ist zu einem großen Teil Abbau von Verschwendung: Energieverbrauch kann man durch andere Verhaltensweisen und eine bessere Technik mindern. Dann gibt es aber auch Dinge, die erst mal Geld kosten, erneuerbare Energien etwa. Aber man muss dieses Geld auch als Zukunftsinvestition sehen: Dadurch wird weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen, die Klimaerwärmung wird gebremst. Man darf das nicht nur betriebswirtschaftlich betrachten, es geht um eine andere Perspektive.

**Ist Klimaschutz auch mit Verlust an Lebensqualität verbunden?**

Wir haben gar keine andere Wahl, wir müssen das machen. Dieses ständige Mehr von allem, das wird nicht mehr gehen. Der Klimawandel erfordert einen Kulturwandel. Er enthält Elemente von neuen Technologien, aber auch Elemente eines neuen Lebensstils und teilweise Elemente des Verzichts. Wenn ich weniger Fleisch esse, ist das ein Verzicht, aber es tut mir auch gesundheitlich gut. Unsere Ernährungsgewohnheiten sind zum Beispiel ein ganz wichtiges Thema.

**Sie sind zwei Tage in Kopenhagen. Was machen Sie dort?**

In der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gibt es eine Studiengruppe für globale Zukunftsfragen, deren Vorsitzender ich bin. Mit dem Thema Klima beschäftigen wir uns da intensiv. Zweitens engagiere ich mich als Europasekretär des Landes Bremen sehr dafür, auf europäischer Ebene die Erneuerbaren Energien zu fördern – über dieses Thema diskutiere ich in Kopenhagen. Ansonsten ist das natürlich wie ein Familientreffen für mich: Ich war früher selber Verhandler auf solchen Konferenzen und treffe deshalb viele Leute dort, die ich kenne. Es geht also auch um Kontaktpflege.

**Was erwarten Sie von der Konferenz?**

Ich erhoffe mir einen historischen Durchbruch. Das ist quasi eine so große und wichtige Konferenz wie damals die Treffen nach dem Zweiten Weltkrieg, als es galt, eine neue politische Ordnung aufzubauen. Jetzt geht es darum, das neue Zeitalter der Energie- und Klimapolitik einzuläutern. Es geht um die Weltordnung von morgen.

**Zur Person**

Reinhard Loske wurde am 15. Februar 1959 in Lippstadt geboren und studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Seit 2007 ist er Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen. Zuvor war er Wissenschaftler beim Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie und Bundestagsabgeordneter der Grünen.

## Kritik an Gastgeber Dänemark

Entwicklungsländer bemängeln Parteinahme für Industriestaaten

VON SIMONE HUMML UND ANDRÉ ANWAR

**Kopenhagen.** Die Konferenz habe verwerfliche Machtverhältnisse, sie sei für die reichen Länder ausgestaltet, kritisierte bereits bei der Eröffnungszereemonie ein Repräsentant des Inselstaates Papua Neuguinea. Nun entschied sich der britische „Guardian“, ein bereits unter der Hand zirkulierendes Klimaschutzkonzept von Vertretern aus Dänemark, den USA und Großbritannien zu veröffentlichen. „Der Text geht gegen alles, wofür wir vor diesem Gipfel eingetreten sind“, protestierte Lumumba Stanislaus Di-Aping, Sprecher der in der G-77-Gruppe zusammengeschlossenen Entwicklungsländer, ungewöhnlich scharf.

Das Klima unter den Teilnehmern war bereits am zweiten Konferenztag verdorben. Dabei hatte die Ankündigung von US-Präsident Barack Obama, doch an den Verhandlungen teilzunehmen, noch Sonnenstrahlen verbreitet. Eigentlich ist es nichts Ungewöhnliches, dass vor Verhandlungen Szenarios und Ziele für Abkommen zwischen mehreren Staaten vorkonzipiert werden. Nur, dass auch der nach außen um neutrale Vermittlung bemühte Gastgeber Dänemark daran offen beteiligt ist, gilt als Fauxpas. Denn laut dem Papier wollen die Verfasserländer die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um mindestens 50 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Die Industrienationen sollen ihren Ausstoß insgesamt um 80 Prozent senken. Viele Lücken finden sich aber bei konkreten Zahlen. Es soll dennoch auf einen „Höchstausstoß“ für Entwicklungsländer hingearbeitet werden.

Die großen Schwellenländer Indien, China, Brasilien und auch Südafrika lehnen dies entschieden ab. Das Papier sei „völlig unausgewogen“, so der G-77-Sprecher. Dies vor allem, weil der Entwurf auch die mittellosen Entwicklungsländer zu Emissions-Reduzierungen zwingen will. Der vom Gastgeberland getragene Plan habe „einseitig die Interessen der reichen Länder ge-



WELTKLIMAGIPFEL KOPENHAGEN

schützt“, so Di-Aping. Auch die Verhandlungsdelegation des für einen Konferenzserfolg wichtigen Wachstumslandes China ist erbost. „In den armen Ländern haben viele Menschen noch nicht einmal einen Stromanschluss“, empörte sich der chinesische Delegationssprecher Su Wei. „Deshalb ist es unfair, überhaupt ein Maximalziel zu setzen für die Entwicklungsländer, die immer noch bei ihrer Industrialisierung sind.“ Die Emissionen der USA steigen noch immer, obwohl das Land voll industrialisiert ist. „Das Ziel von US-Präsident Barack Obama, die Treibhausgase von 2005 bis 2020 um 17 Prozent zu reduzieren, sei nicht der Rede wert.“

Für die EU rechnete der Chinese kompliziert vor, dass sie ab 2013 den Treibhausgasausstoß pro Jahr angeblich viel weniger als bislang reduzieren wolle. Die chinesischen Klimaziele entsprächen hingegen den Anforderungen der Klimarahmenkonvention an Entwicklungsländer. China möchte seine Treibhausgase – gemessen am Wirtschaftswachstum – bis 2020 um 40 bis 45 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 reduzieren. Zudem kritisierte Su die vom UN-Klimachef Yvo de Boer vorgeschlagene Soforthilfe für Entwicklungsländer von je zehn Milliarden Dollar (6,7 Milliarden Euro) in den Jahren 2010 bis 2012. „Zehn Milliarden Dollar sind weltweit gesehen nicht einmal zwei Dollar pro Person“, sagte Su, dafür könne man sich in Kopenhagen nicht einmal eine Tasse Kaffee kaufen.

Tatsächlich habe China auch in seine Fünf-Jahres-Pläne viele Klimaschutzaktivitäten aufgenommen, lobte der Politische Leiter der Organisation Germanwatch, Christoph Bals. „Es gehört in die Spitzengruppe der Länder, die sich in den vergangenen Jahren am meisten beim Klimaschutz bewegt haben.“ Aber: „Es blockiert im Moment noch, dass nationale Ziele international überprüft werden“, kritisiert Bals. In einigen Foren trete China zudem mit einem doppelten Anspruch auf: „China muss sich entscheiden, ob es als Entwicklungsland gezählt werden möchte oder als Weltmacht.“

## Lösungen für den Nordwesten

In Delmenhorst diskutieren Fachleute über Klimaanpassung vor Ort

VON BIRTE TRIPKE

**Delmenhorst.** In Kopenhagen verhandelt die Welt das Klima – in Delmenhorst trifft sich der Nordwesten, um Strategien im Umgang mit den sich verändernden Klimabedingungen vor Ort zu entwickeln.

Gestern kamen im Delmenhorster Commedia Veranstaltungszentrum rund 85 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen, um über die Auswirkungen des Klimawandels in der Region in den Dialog zu treten. Und – so das ehrgeizige Fernziel – um für die Bereiche Ernährungs-, Energie- und Hafenwirtschaft sowie Logistik Lösungen zu entwickeln. Klimaanpassung war bei der 1. Regionalkonferenz das Stichwort. Wo mancherorts noch diskutiert wird, ob überhaupt und, wenn ja, wie stark sich das Klima verändert, setzen sich die Partner im Forschungsprojekt „Nordwest 2050“ bereits mit möglichen Szenarios in diesen Wirtschaftsbereichen auseinander.

„Regionale Projekte bringen auch was fürs Globale“, davon ist Andreas Lieberum, Geschäftsführer von „Nordwest2050“, überzeugt. Denn die Ergebnisse ließen sich schließlich auch in andere Bereiche und Strukturen transferieren.

Das Modellprojekt ist eines von bundesweit sieben im Programm „Klimawandel in den Regionen zukunftsfähig gestalten“ („Klimzug“) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Knapp 30 Partner aus Forschung und Praxis gehören dem interdisziplinären Verbund von „Nordwest2050“ an, darunter die Universitäten Bremen und Oldenburg, die Hochschule Bremen, das Sustainability Center Bremen, das Bremer Forschungsinstitut BioConsult, die beiden Energieversorger der Region, konventionelle und biologische landwirtschaftliche Betriebe, Lebensmittelhersteller, Tierzüchter, Hafenlogistiker, Wirtschaftsförderungs- und Gastronomieverbände. Ebenfalls Partner und gleichzeitig Koordinator von „Nordwest2050“ ist die Metropolregion Oldenburg.

Insgesamt elf Millionen Euro erhält das Projekt, das Anfang 2009 gestartet und für fünf Jahre angelegt ist, vom Bundesministerium. „Damit kann man nicht die Strukturen umwälzen“, räumt Lieberum ein. Dennoch könne man mit vielen kleinen Maßnahmen einiges erreichen. „Wir stehen alle vor dem gleichen Problem: Klimatechnisch wird sich was ändern“, sagt der gelernte Diplombiologe und Fachmann für Umweltkommunikation. Auch wenn sich noch nicht genau sagen lasse, wie die Veränderungen im Einzelnen ausfallen, rechneten alle Klimamodelle des Hamburger Max-Planck-Instituts mit trockeneren Sommern, feuchteren Wintern, vermehrten Stürmen und Hitzewellen und mit einem „dramatischen“ Anstieg des Meeresspiegels, erläutert Lieberum. Auch sei die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unerlässlich: „Wenn Klimaschutz nicht funktioniert, werden wir nicht in der Lage sein, die Klimaanpassung betriebswirtschaftlich oder technisch umzusetzen.“

Schlüssel zur Klimaanpassung sei die Resilienz, jene Fähigkeit, auf Anforderungen wechselnder Situationen flexibel zu reagieren. So werde man beispielsweise bei der Zucht von Schweinen oder Geflügel solche Exemplare brauchen, die auf höhere Temperaturen nicht mit Krankheitsanfälligkeit reagierten, wie es sonst bei Masttieren der Fall sei. Wegen sinkender Pegelstände in den Flüssen müssten Kraftwerke neue Möglichkeiten zur Kühlung entwickeln, die Landwirtschaft benötige möglicherweise Saatgut, das zwei Ernten gewähre. Aber es geht auch um Perspektiven: Kann die Region profitieren, wenn die Nordostpassage eisfrei bleibt?

Die Kernfrage, so Lieberum, laute: „Mit welchen Strategien kann man Wettbewerbsfähigkeit erhalten?“ In diesem Punkt hofft Lieberum auf ein offenes Ohr bei den Partnern in der Wirtschaft. „Wenn wir uns jetzt nicht anpassen, wird jede Dekade teurer“, warnt der Experte. Die Herausforderung: „Wir müssen Unternehmer und Politiker dazu bewegen, langfristiger zu denken.“



Andreas Lieberum FOTO: INGO MÖLLERS

## Die unscheinbaren Stromfresser

VON MATTHIAS DEDERICHS

**Bremen.** Viele Verbraucher schauen mittlerweile bei der Neuausschaffung eines Elektrogerätes auf eine gute Energieeffizienzklasse. Dahinter verbirgt sich der Stromverbrauch während des Betriebes. So kann man umweltfreundlich Geld sparen. Aber wie sieht es eigentlich aus, wenn das Gerät ausgeschaltet am Netz verbleibt und vermeintlich kein Strom verbraucht wird?

So gut wie jedes Gerät, welches an einer Steckdose angeschlossen ist, verbraucht einen sogenannten Standby-Strom. Oftmals erkennt man dies bei ausgeschalteten Geräten an einer leuchtenden Lampe. Aktuelle Zahlen der Deutschen Energie-Agentur besagen, dass jedes Jahr in deutschen Haushalten mehr als 14 Milliarden Kilowattstunden Strom durch unnötigen Standby-Betrieb vergeudet werden. Oftmals sind es auch unscheinbare kleine Geräte wie das DSL-Modem, die vergleichsweise viel Strom verbrauchen. Insgesamt entspricht die Verschwendung durch Geräte im Standby-Modus etwa elf Prozent des jährlichen privaten Stromverbrauchs in Deutschland. So könnte man zwei Großkraftwerke, mit einer Leistung von jeweils 1000 Megawatt einsparen, wenn konsequent alle Geräte nach ihrer Nutzung vom Netz getrennt würden. Dabei würde nicht nur die Umwelt geschont werden, sondern auch der eigene Geldbeutel. Je nach Ausstattung des eigenen Haushaltes läge die Ersparnis pro Jahr zwischen 100 und 180 Euro.

Jörgen Birkhan von der Verbraucherzentrale Bremen empfiehlt beim Kauf von neuen Geräten, neben der Energieeffizienzklasse, auch auf den Standby-Verbrauch zu achten und sofern möglich, alle Geräte nach ihrem Gebrauch vom Stromnetz zu trennen. So gibt es Steckdosenleisten mit einem Hauptschalter oder Funksteckdosen, welche mit einer Fernbedienung ausgeschaltet werden können.

**Während der Klimakonferenz in Kopenhagen geben wir Ihnen täglich einen Tipp, wie auch Sie zum Klimaretter werden können. Morgen geht es um das Thema Recyclingpapier.**